

Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Für das Projekt Volksschule Stöckacker braucht es ca. 2'450 m3 Rundholz und von den dafür ca. 800 gefällten Bäume kann nur 40% des Holzes für das Bauen verwendet werden. Was passiert mit den restlichen 60% Holz – und kommt tatsächlich alles aus der Schweiz?

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Für das Projekt Volksschule Stöckacker - welches ein reiner Holzbau ist - braucht es ca. 2'450 m3 Rundholz und von den dafür ca. 800 gefällten Bäumen kann nur 40% für das Bauen verwendet werden. Weiss der Gemeinderat wie die restlichen 60% des Holzes verarbeitet werden? Legt der Gemeinderat Wert darauf, dass dies «nachhaltig» erfolgt - und falls ja, wie kontrolliert er das?
2. Wegen der weltweit hohen Nachfrage nach Holz ist der Holzpreis in den letzten Jahren stark gestiegen und Bauen mit Holz ist in der Regel - gemäss Experten - ca. 10% teurer als Massivbauten (Schweizer Holz ist nochmals teurer). Sind die Baukosten für die Volksschule Stöckacker deshalb auch ca. 10 % höher, als wenn mit lokalen Baustoffen bauen würde?
3. Der Gemeinderat hat versprochen, dass alles Holz aus der Schweiz kommt. Wie kontrolliert er, dass dieses Versprechen eingehalten wird?

Begründung

Holz ist ein wunderbarer Baustoff – und deshalb sehr gefragt. Dies hat u.a. auch den Nachteil, dass es in den letzten Jahren eine massiv Übernutzung von Holz gegeben hat. D.h. es wurden viel mehr Bäume gefällt als nachwachsen konnten. Der jährliche Holzverbrauch der Schweiz liegt mitsamt Import-Holz bei 10 Mio. m3. Ohne den Wald zu übernutzen, könnten im Inland jährlich 7-8 Mio. m3 Holz geerntet werden (<https://www.waldschweiz.ch/de/wissen/waldleistungen>). Die Schweiz importiert – in einer postkolonialen Art und Weise – ca. die Hälfte davon aus dem nahen und fernen Ausland. Der weltweite Verbrauch von Holz ist mit 4,3 bis fünf Milliarden Kubikmeter pro Jahr bereits höher als das, was den Wäldern wirklich nachhaltig entnommen werden kann – nämlich drei Milliarden Kubikmeter pro Jahr (<https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/verantwortungsvollere-waldnutzung/alles-aus-holz>). Entsprechend nimmt der weltweite Baumbestand in beängstigtem Ausmass ab. Der WWF Deutschland fordert die Politik auf, den Holzverbrauch zu senken und Holz nicht automatisch als nachhaltig zu werten (<https://www.nbau.org/2022/07/13/wwf-holz-ist-kein-allheilmittel-fuer-mehr-nachhaltigkeit>). Die Woz hat in Ihrem Artikel (<https://www.woz.ch/2304/holz-im-bau/von-wegen-heimisch!/BPW19241NYDW>) aufgezeigt, dass «2018 wurden rund siebzig Prozent des Bauholzes importiert. Das meiste stammt laut aktuellen Angaben der Weltbank aus Deutschland, gefolgt von Österreich, Frankreich und Italien, auch Polen gehört zu den Top-Ten-Herkunftsländern.» Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass beim Bau der Volksschule Stöckacker Holz importiert wird. Unter diesen Vorzeichen muss man sich fragen, ob es tatsächlich nachhaltig ist, dass Stöckacker Schulhaus ganz aus Holz zu erstellen - auch in Anbetracht, dass Holz eine kürzere Lebensdauer hat als ein Massivbau. Viel vernünftiger wäre eine intelligente Kombination der verschiedenen Baustoffe.

Bern, 25. April 2024

Erstunterzeichnende: Thomas Hofstetter

Mitunterzeichnende: Tom Berger, Nik Eugster, Ursula Stöckli, Simone Richner, Florence Pärli Schmid, Oliver Berger

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Neubau der Volksschule Stöckacker ist kein reiner Holzbau. Das gesamte Untergeschoss und Teile des Erdgeschosses werden in Massivbauweise erstellt. Die darüber liegenden Geschosse werden in Holzbauweise erstellt.

Ein Restholzanteil von 60 % ist eine konservative Schätzung. Je nach Verarbeitungstechnik und Holzqualität kann der Restholzanteil bis auf 40 % reduziert werden. In der Regel wird Restholz zur Herstellung von Holzwerkstoffen (z.B. Spanplatten, Faserplatten, Sperrholz etc.), Zellstoffen (z.B. Papier, Karton, Verpackungsmaterial), Holzhackschnitzeln (z.B. Tierhaltung und Landschaftsgestaltung) und Biomasse (z.B. Wärme- und Stromerzeugung) verwendet.

Der Gemeinderat legt Wert auf eine nachhaltige Holzbeschaffung, indem er entsprechende Holzlabels vorschreibt. Die Kontrolle der Labelvorgaben erfolgt durch unabhängige Zertifizierungsstellen.

Zu Frage 2:

Im Vergleich zur konventionellen Massivbauweise ist der Holzbau ca. 10 % teurer.

Zu Frage 3:

Wie die Stadt unterdessen akzeptieren musste, kann die Vorgabe «Schweizer Holz» aus rechtlichen Gründen nicht zwingend verlangt werden, da die öffentlichen Ausschreibungen der Stadt dem Staatsvertrag nach GATT/WTO unterliegen. Die Firmen werden jedoch bei den Ausschreibungen aufgefordert, neben dem Basisangebot eine Variante mit Schweizer Holz einzureichen.

Bern, 15. Mai 2024

Der Gemeinderat